

II- 444 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 250/J

1979 -12- 12

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Marga HUBINEK, *Offilie Rochus*  
und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend Maßnahmen zur Aufdeckung, strafgerichtlichen Verfolgung  
und Senkung der Kindesmißhandlungen

In Übereinstimmung mit den in anderen Mitgliedsländern des Europarates gemachten Erfahrungen ist die Zahl der Mißhandlungen von Kindern durch Eltern oder Erziehungsberechtigte auch in Österreich im Steigen begriffen, wobei jedoch ein Eingreifen der zuständigen Behörden und Gerichte in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle verhindert wird. Dies deshalb, weil diese Mißhandlungen mangels Anzeigenerstattung durch die ihre Interessen aus Furcht bzw. Unfähigkeit nicht wahrnehmenden Opfer in der Regel verborgen bleiben und die in einem räumlichen oder persönlichen Naheverhältnis zu den Betroffenen stehenden Personen (z.B. Wohnungsnachbarn) - aus Gleichgültigkeit oder anderen Erwägungen - gleichfalls von der Erstattung von Anzeigen absehen. Aufgrund dieser geringen Anzeigenintensität (vgl. Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich, Sicherheitsbericht 1978, III-30 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates, XV. GP, Seite 5) bleibt die Aufdeckung der an Kindern, Unmündigen oder Jugendlichen verübten Straftaten (§§ 92, 93, 83 ff StG) zumeist dem Zufall überlassen; ihre jährliche Dunkelziffer wird auf ca. 100.000 geschätzt. Strafgerichtliche Verfolgungshandlungen werden daher in der Mehrzahl der Fälle nur bei solchen schweren körperlichen Beschädigungen eingeleitet, welche von Lehrern, Schulärzten oder dergleichen nicht zu übersehen sind und stichhältige Anhaltspunkte für vorausgegangene Mißhandlungen bieten.

Nach Meinung der mit dem Schutz der Jugendlichen und der Aufsicht über ihre Erziehung befaßten Behörden ist eine Änderung dieses unbefriedigenden, den Grundsätzen einer an humanitären Werten orientierten Erziehung zuwiderlaufenden Situation nur dadurch zu erreichen, daß im strafrechtlichen Bereich der im § 21 ABGB verankerten Bestimmung, wonach diejenigen, die wegen mangels an Jahren unfähig sind, ihre Angelegenheiten selbst zu besorgen, unter dem besonderen Schutz der Gesetze stehen, Rechnung getragen und für jedermann - unter der Androhung von Sanktionen - die Verpflichtung statuiert wird, Übergriffe von Eltern und Erziehungsberechtigten zur Anzeige zu bringen. Hiedurch könnte bewirkt werden, daß potentielle Täter damit rechnen müssen, im Falle der Begehung solcher strafbarer Handlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit strafgerichtlich verfolgt zu werden, wodurch Gewähr für ein abschreckendes, die Senkung der Zahl derartiger Gesetzesverletzungen förderndes Moment gegeben wäre.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

#### A N F R A G E :

Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um die Zahl der strafrechtlich verpönten gewaltsamen Übergriffe von Eltern und Erziehungsberechtigten gegenüber den ihrer Autorität unterworfenen Kindern, Unmündigen und Jugendlichen aufzudecken und zu senken sowie die Täter der strafgerichtlichen Verfolgung zuzuführen?